

Investitionen in der Krise

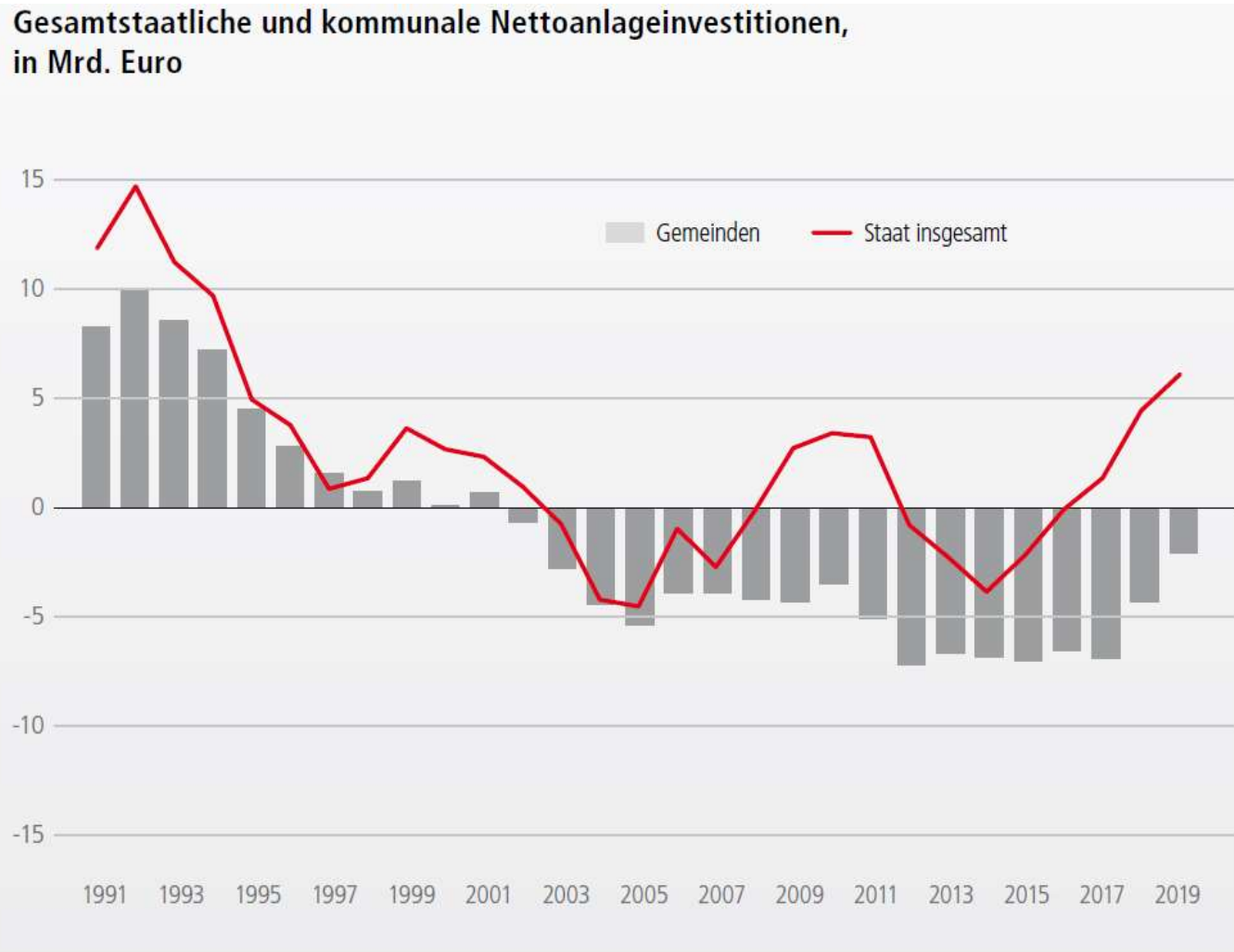
für eine zukunftsfähige Wirtschaft und eine solidarische und geschlechtergerechte Gesellschaft

Online-Session

Digitale Winterwerkstatt 2020

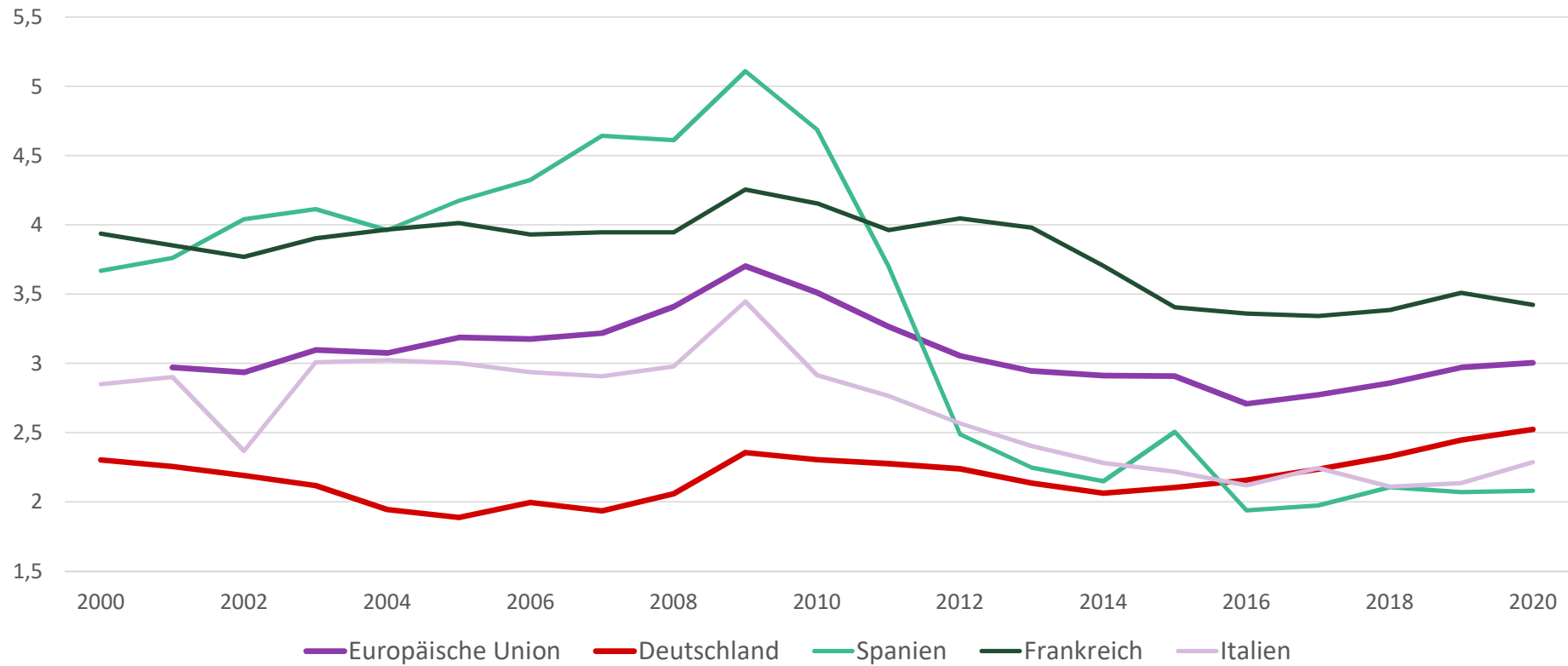
Florian Moritz

DGB Bundesvorstandsverwaltung, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

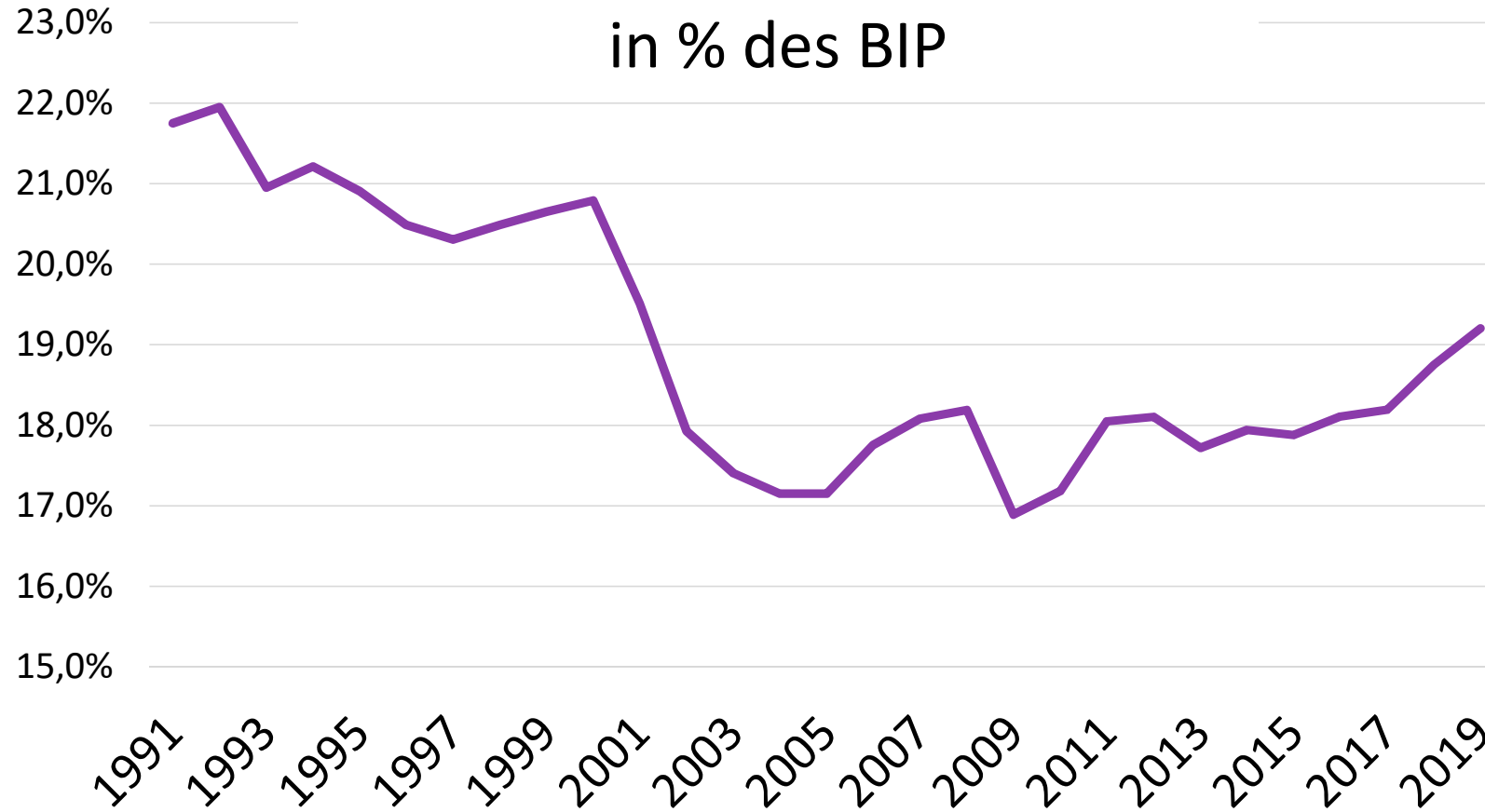


Quelle: Statistisches Bundesamt 2020

Öffentliche Bruttoanlageinvestitionen zur Wirtschaftsleistung (BIP) in Prozent

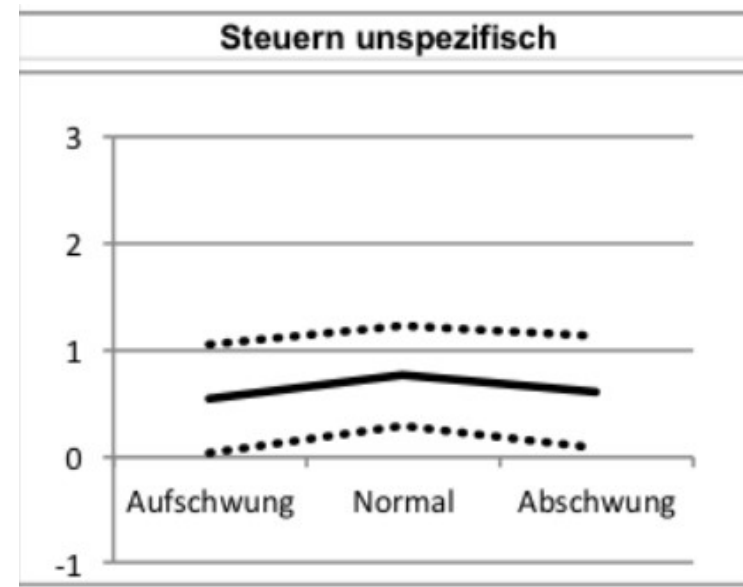
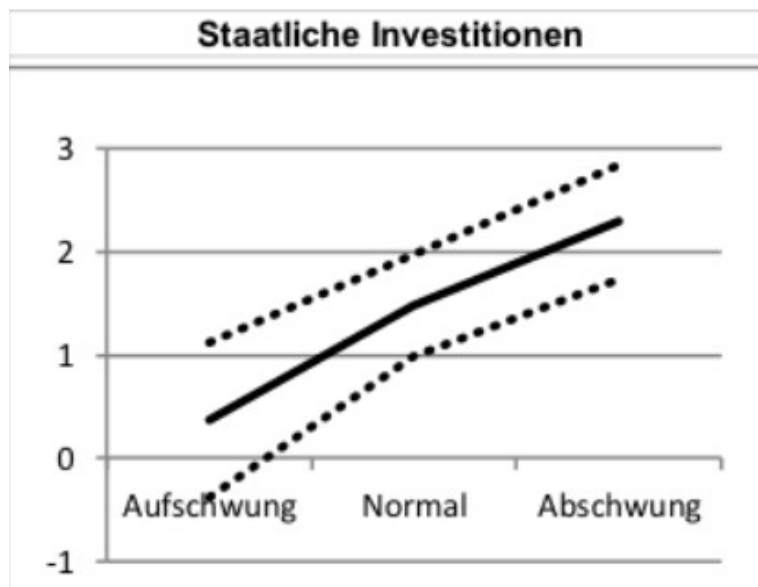


Private Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP



ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN SCHAFFEN WACHSTUM

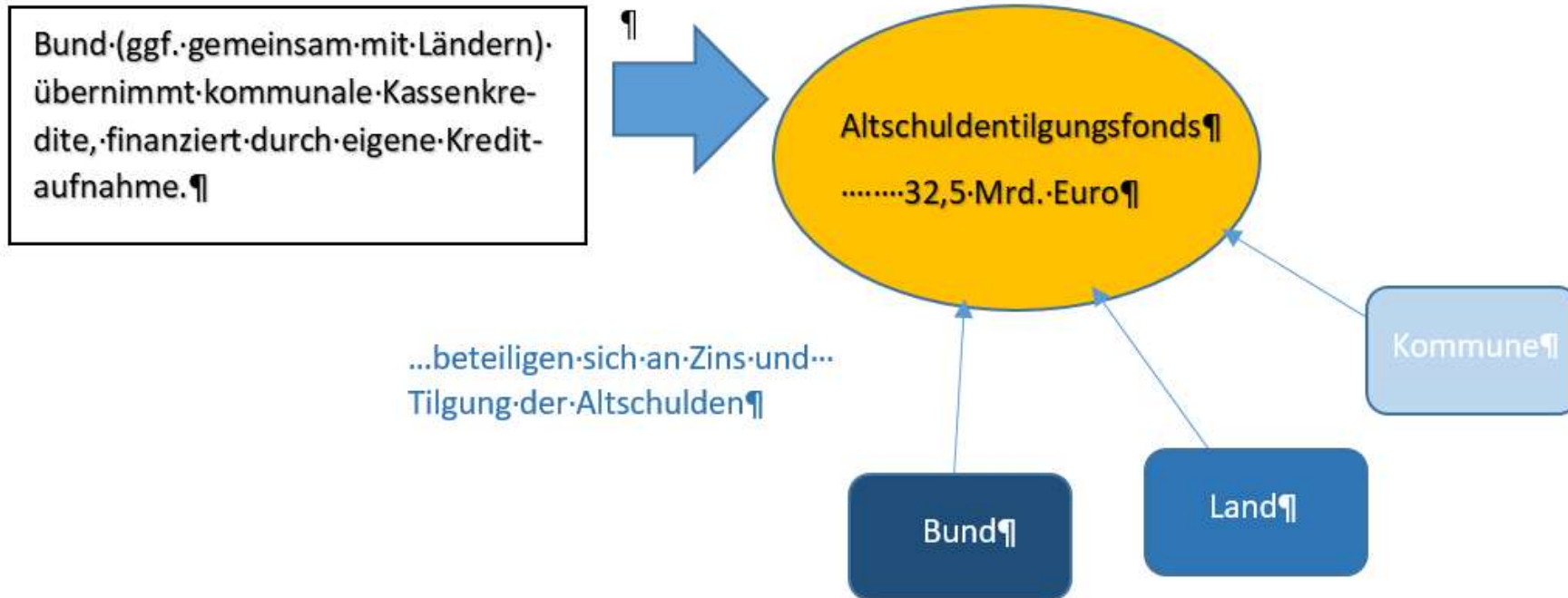
Multiplikator >1 heißt: höhere öffentliche Ausgaben ziehen private Konsum- oder Investitionsausgaben nach sich; Schuldenquote kann sinken. Läge der Multiplikator noch deutlich höher (etwa bei 2,5), würden sich die Maßnahmen sogar komplett über höhere Steuern und geringere Subventionen und Sozialausgaben selbst finanzieren.



VIELE BEDARFE AUF KOMMUNALER EBENE

- Bereits vor der Krise waren mehr als 2000 Kommunen überschuldet. Sie hatten den Strukturwandel zu bewältigen und daraus folgende Sozialausgaben zu übernehmen.
- Hinzu kamen vom Bund übertragene Aufgaben wie der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung oder der DigitalPakt Schule.
- Verschuldung der kommunalen Ebene insgesamt 115 Milliarden Euro im Jahr 2019.
- Um finanzielle Engpässe zu überbrücken arbeiten viele Kommunen mit Kassenkrediten, also Krediten, die nicht für Investitionen, sondern für laufende Ausgaben eingesetzt werden. Volumen seit Anfang der 2000er Jahre stark angestiegen. Ursprünglich als kurzfristiger Liquiditätspuffer gedacht, haben die Städte und Gemeinden so bis 2019 ein Volumen von 32,5 Mrd. Euro aufgenommen.

ALTSCHULDENTILGUNGSFONDS



BEISPIEL: IMK / IW

Mind. 450 Mrd. in 10 Jahren



Öffentliche Investitionsbedarfe in Deutschland für die nächsten 10 Jahre (Mrd. Euro)

	Summe über 10 Jahre, Preise des Basisjahrs
Infrastruktur auf kommunaler Ebene	
Kommunale Infrastruktur	138
Ausbau des ÖPNV	20
Bildung	
Frühkindliche Bildung	50
Ausbau von Ganztagschulen	9
Betrieb der Ganztagschulen	25
Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen und Forschungsförderung	25
Wohnungsbau	
staatlicher Anteil	15
Überregionale Infrastruktur	
Breitbandausbau/5G	20
Bahn (Bundesanteil laut Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung; Ertüchtigung Güterverkehr)	60
Ausbau Fernstraßen	20
Dekarbonisierung	
staatlicher Anteil	75
Summe	457

BEDARFE GIBT ES VIELE (AUCH BEIM PERSONAL)



DGB-FORDERUNG: STÄRKERE EINNAHMEBASIS FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

- Öffentliche Investitionen finanzieren sich maßgeblich selbst:
 - höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen, Erhöhung des staatlichen Vermögens und Produktivität, somit Beschäftigung und Wachstum -> Steuereinnahmen
- Dennoch: Notwendigkeit staatliche Handlungsfähigkeit über **höhere Einnahmen** aus **Steuern** zu stärken

- **DGB-Steuerkonzept:**
 - Einkommensteuer entlastet 95 % der Haushalte
 - Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Gemeindewirtschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer schaffen zusätzliche regelmäßige Einnahmen

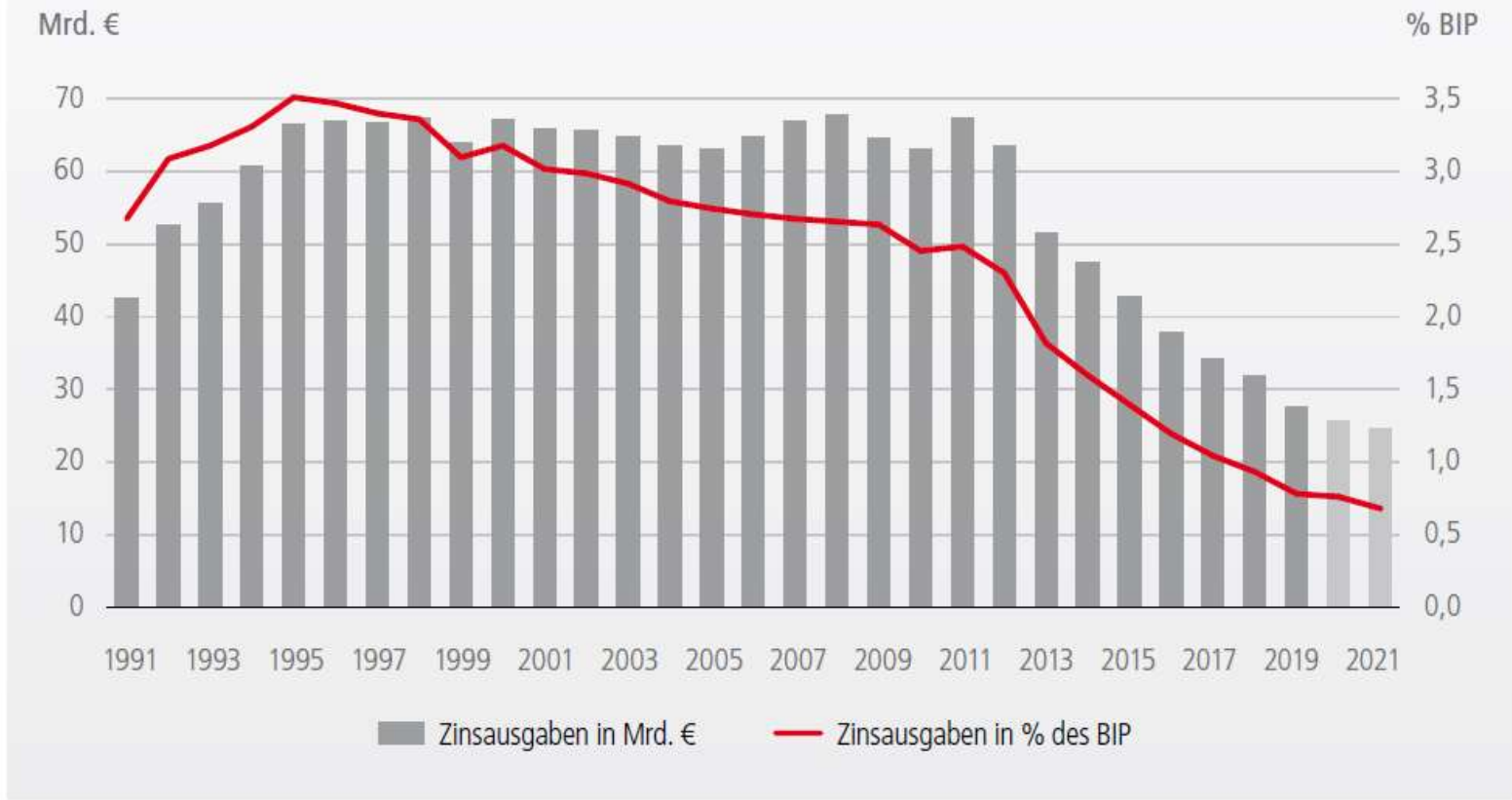


DGB-FORDERUNG: SCHULDENBREMSE ABSCHAFFEN, MINDESTENS REFORMIEREN!

- Aktuell „**Schwarze Null**“ ist Geschichte.
- **Schuldenbremse** ausgesetzt, soll 2022 wieder greifen
- Stattdessen: Lange aussetzen & mind. reformieren: um „goldene Investitionsregel“ ergänzen und mit besserer Berechnungsmethode
- Außerdem: Tilgungspläne für Corona-Schulden sind zu eng
- Auch Europäische Defizitregeln brauchen Reform (z.B. 60%-Ziel für Schuldenquote ist willkürlich und überholt)
- Grundsätzlich: Investitionen auch mit der Schuldenbremse möglich



Zinsausgaben des Staates in Milliarden Euro (linke Skala) und in % des BIP (rechte Skala)



BUNDESPOLITISCHE DEBATTE: BESSERE UMSETZUNG VON INVESTITIONSPROJEKTEN

- „Es gibt genug Investitionsmittel, die fließen nur nicht ab.“
- Zum Teil wegen mangelnder Ausstattung der Bau-Behörden und Personalabbau beim Bau.
- Dass Mittel nicht abfließen, ist kein Zeichen für geringen Bedarf. Gelder gelten erst als „abgeflossen“, wenn die Leistungen in Rechnung gestellt wurden – oft zum Ende eines Investitionsprojekts.
- Daher Blick auf beantragte Mittel: Ein Großteil der vorhandenen Mittel ist bereits verplant, die Projekte laufen.
- Bsp. Bundesfonds zur Unterstützung von Schulsanierungs- und allgemeine Infrastrukturinvestitionen mit jeweils 3,5 Milliarden Euro: 70 Prozent für Schulsanierung und 96 Prozent für Infrastruktur verplant

DANKE FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT

Florian Moritz
DGB Bundesvorstand
Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Mehr Infos zur Wirtschaftspolitik?

- > Newsletter „Klartext“ abonnieren!
- > www.dgb.de/wirtschaftspolitik

redenwirueber.de
#RedenWirÜber